



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



3/2017 (Mai)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Kita und Horte im Blick

Entgegen den Zusagen des zuständigen Verwaltungsvorstandes Herrn Zuber und des Sachgebietsleiters Herrn Dr. Kaiser werden nun doch im Jahr 2017 Schließzeiten in den Kita-Einrichtungen der Stadt Forst durchgeführt.

Eltern werden aufgefordert, Nachweise über Urlaub und Freistellungszeiten vorzulegen und diese von ihrem Arbeitgeber bestätigen zu lassen. In der Kita Kinderland erlaubt es sich die Leiterin, ohne Rücksprache mit den Eltern, ausländische Kinder und Kinder von Hartz-IV-Empfängern an Brückentagen und in Ferien von der Betreuung auszuschließen. Die städtischen Betreuungsverträge sehen jedoch keine Schließzeiten vor. Eine Petition von Eltern wurde aus unserer Sicht nicht ordnungsgemäß bearbeitet. Die von uns in der SVV-Sitzung gestellten Fragen wurden unzureichend beantwortet. Laut Verwaltung hätte es die Aussage, 2017 keine Schließzeiten durchzuführen, nie gegeben. In Forst bestimmt inzwischen Dr. Kaiser, was für das Wohl von Kindern und Eltern richtig oder falsch ist. Die Elternbeiträge werden weiterhin für zwölf Monate im Jahr kassiert. Die Betreuung aber nicht im gleichen Umfang gewährleistet. Leider lassen sich viele Eltern dieses Vorgehen gefallen. Wir als Fraktion in der SVV können aber nur nachbohren und Forderungen durchsetzen, wenn die betroffenen Familien bereit sind, sich zu wehren. Bürgerschaftliches Engagement ist gefragt.

Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Der 1. Mai 2017 in Forst

Wir sind viele. Wir sind eins.

Unter diesem Motto standen in diesem Jahr die Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit am 1. Mai.

Traditionell veranstalten im DGB organisierte Gewerkschaften mit Unterstützung der LINKEN eine Feier auf dem Max-Seydewitz-Platz in Forst. So auch in diesem Jahr. Nach der Begrüßung durch unsere Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg konnten sich die interessierten Bürgerinnen und Bürger an den Ständen der Einzelgewerkschaften ver.di, IG BAU, EVG und des DGB sowie der BQS und der LINKEN zu Themen wie Rente und Minijobs informieren. Am Stand der LINKEN waren die Themen Frieden und soziale Gerechtigkeit wichtige Gesprächsinhalte. Für die jüngsten Besucher stand eine Hüpfburg bereit. Davon wurde reger Gebrauch ge-

macht. Auch das angebotene Ponyreiten erfreute sich großer Beliebtheit. Kulturelle Akzente setzten in diesem Jahr Wolfgang Dannat mit seiner Gitarre und Friedrich Marten auf dem Saxophon. Die Auftritte beider Musiker kamen gut an und wurden mit entsprechendem Applaus gewürdigt. Auch 2017 hatte die LINKE eine Einladung zu einer gemeinsamen Veranstaltung an die Sozialdemokraten ausgesprochen. Doch auch in diesem Jahr führten sie eine eigenständige Veranstaltung zur gleichen Zeit nur wenige Meter entfernt durch. Allerdings schauten sowohl unser Ministerpräsident als auch zwei Vertreter der Sozialdemokraten, zwar inoffiziell und vor der eigentlichen Veranstaltung, kurz vorbei. Na immerhin ...

*Cornelia Janisch
Vorsitzende des Ortsverbandes Forst
DIE LINKE*



Spruch des Monats

»Um klar zu sehen, genügt ein Wechsel der Blickrichtung.«

Antoine de Saint-Exupéry

Aus der SVV informiert



Eine außergewöhnliche Sitzung und gewöhnliche Entscheidungen

Eigentlich war die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Mai bereits nach 10 Minuten beendet.

Nachdem der amtierende Bürgermeister Jens Handreck die Vorlage zur Organisation eines neuen Stadtarchivs von der Tagesordnung nehmen wollte, erhielt die verbleibende Tagesordnung bei der Abstimmung keine Mehrheit. Ohne Tagesordnung gibt es keine Sitzung. Die Geschäftsordnung der SVV wurde hervorgeholt und ergab keine klare Lösung, außerdem hatte der Vorsitzende der SVV die Sitzung offiziell bereits beendet.

Erst als der amtierende Rathauschef einen Rückzieher machte und das Thema Archiv wieder auf der Tagesordnung war, konnte die Sitzung doch noch durchgeführt werden.

Warum dies alles geschah? Die Verwaltungsspitze will unbedingt im alten Rathaus in der Promenade 9 das Archiv neu bauen. Das bisherige Archiv im Keller erfüllt nicht mehr die notwendigen Standards und erfordert Veränderungen. Die Vorlage der Verwaltung enthielt aber auch Alternativen. Darunter eine Einmietung in die Elsässer Straße. Dort ist seit vergangem Jahr das Kreisarchiv untergebracht und der dortige private

Vermieter hatte der Stadt für ihr Archiv ein wirtschaftlich günstiges Angebot unterbreitet. Für die doch so arg überlastete Verwaltung hätte dieses Angebot einen wesentlichen Vorteil. Statt umfangreicher Bau- und Planungsmaßnahmen müsste der Bürgermeister nur einen Mietvertrag unterzeichnen und den Umzug organisieren. Das aber will man im Rathaus nicht. Obwohl Forst weit mehr als 35 Millionen Euro Schulden hat, soll für ein Umbauprojekt deutlich mehr Geld ausgegeben werden als eine vergleichbare Anmietung kosten würde. Wo so etwas hin führt, sieht man beim Kauf des ehemaligen AOK-Gebäudes durch die Stadt. Unser neues Rathaus wurde mit der Aussage erworben, das Gebäude sei in einem guten Zustand und würde nur geringe Umbaukosten verursachen. Inzwischen haben sich die ursprünglich veranschlagten 700.000 Euro mindestens verdoppelt.

Die Posse in der SVV war an diesem Tag aber noch nicht zu Ende. Als der Tagesordnungspunkt Archiv dann behandelt wurde, beantragte die Fraktion »Wir für Forst« die Zurückweisung in die Ausschüsse, um eine Entscheidung zum Antrag der SPD zu verhindern. Die Sozialdemokraten hatten die Anmietung des Objektes in der Elsässer Straße vorgeschlagen. Der Vertagungsantrag bekam

dann die geschlossene Unterstützung der CDU und der aus nur noch zwei Mitgliedern bestehenden FDP. Damit sind wir wieder am Anfang und es darf weiter öffentliches Geld versenkt werden.

Im nächsten Akt wurde über einen Antrag von »Wir für Forst« abgestimmt, dem Bürgermeister klare Vorgaben für seine Arbeit in der Lausitzrunde (Gremium der Bürgermeister und Landräte der Region) zu machen. Hier war es dann mit der Unterstützung der CDU vorbei. Mit der Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wußmann, man habe ja jetzt mit Herrn Handreck wieder einen politisch genehmen Bürgermeister im Amt, wurde der Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Natürlich durfte auch das Thema Grüne Mitte nicht fehlen. Wieder mal wurde ein bestehender Beschluss gekippt und die Bebauungschancen für den Markt reduziert. Jetzt wird wieder fleißig an der Obstplantage im Stadtzentrum gearbeitet, natürlich mit Fördermitteln. Wir haben aus Überzeugung immer wieder versucht, dem Marktumfeld eine bauliche Gestaltung zu geben, wir können es nicht durchsetzen. Den Schaden wird die Stadt noch lange tragen müssen, selbst dann noch, wenn die Verantwortlichen von heute längst nicht mehr da sind.

Zum Ende der Sitzung bekam auch noch ein Antrag unserer Fraktion eine Mehrheit. Darin wird die Verwaltung beauftragt, bis Dezember ein neues Konzept für die Wochen- und Themenmärkte zu erarbeiten. Ziel ist eine deutliche Attraktivitätssteigerung.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst



Als ich die Interviewanfrage vom RBB mit dem Hinweis erhielt, dass Döbern den Negativpreis »Betonkopf« für den Busplatz bekommen soll, war ich sehr überrascht, zumal ich die Information aus der SVV Döbern hatte, dass alle Kriterien zur Barrierefreiheit bei der Bauplanung berücksichtigt wurden. Was war passiert?

Am 5. Mai 2017 wurde der Europäische Protesttag der Menschen mit Behinderungen begangen. Im gesamten Land Brandenburg wurde in zahlreichen Veranstaltungen an die vielfältigen Probleme, den Menschen mit Behinderungen begegnen, aufmerksam gemacht. Auch der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg e. V. (ABB) war dabei und vergibt traditionell bei dieser Veranstaltung den »Betonkopf«. Das ist ein Negativpreis, der an Bauvorhaben des vergangenen Jahres vergeben wird, die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht bzw. unzureichend berücksichtigen. In diesem Jahr ging er nach Döbern für

Betonkopf 2017 geht nach Döbern

den neu gestalteten Busplatz. Damit ging der Preis das 4. Mal in die Lausitz, davon das 3. Mal in den Landkreis Spree-Neiße und das 2. Mal in das Amt Döbern-Land.

Bei dem Busplatz in Döbern wurden zwar die Belange von mobilitätseingeschränkten Menschen (Rollstuhlfahrer, Menschen mit einem Rollator usw.) berücksichtigt, aber ein sehbehinderter Mensch findet sich auf diesem Busplatz nicht zurecht. Das taktile Leitsystem (Blinden-Leitsystem) fehlt. Das heißt, ein Mensch mit einer Sehbehinderung findet den Einstieg zum Bus nicht ohne fremde Hilfe.

Das widerspricht nicht nur dem Geist der UN-Behindertenkonvention (UN BRK), die das Ziel hat, Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung, also eine selbstbestimmte Lebensführung ohne fremde Hilfe, zu gewährleisten. Es widerspricht auch dem Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz. Hier heißt es dazu:

»Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.«

Genau das ist im neu gestalteten Busplatz in Döbern nicht gegeben. Da das Amt Döbern-Land das Bauvorhaben über das Förderprogramm »Leader-Vorhaben« gefördert bekam, musste die Behindertenbeauftragte des Landkreises Spree-Neiße das Projekt auf Barrierefreiheit prüfen. Sie machte zahlreiche Empfehlungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit. Unter anderem auch ein taktiles Leitsystem (Blindenleitsystem). Sie bekam vom Planungsbüro die Rückmeldung, dass ihre Empfehlungen in die Bauplanung vollumfänglich eingeflossen sind. Warum wurde das bei der Bauausführung dann nicht umgesetzt?

Auch wenn die Verwaltung der Auffassung ist, dass die Empfehlungen der Behindertenbeauftragten des Landkreises Spree-Neiße vollständig umgesetzt wurden, zeigt das Ergebnis etwas anderes. Daher ist der Betonkopf für den Busplatz in Döbern berechtigt.

Uwe Neuer
Sprecher LAG Selbstbestimmte
Behindertenpolitik Brandenburg

Ostermarsch-Rede der Direktkandidatin der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017 im Wahlkreis 64 (Cottbus-SPN), in Cottbus am 17. April 2017

Liebe Anwesende!

Ich bin Mutter von 2 Kindern.

Die USA haben in Afghanistan eine nicht-nukleare Bombe mit einem noch nie dagewesenen Wirkungsgrad eingesetzt.

In der zynischen Militärsprache, die anfangs sogar von öffentlichen Medien verwendet wurde, heißt sie »Mutter aller Bomben«. Das Wort »Mutter« mit einer Tötungswaffe in Verbindung zu bringen, ist für mich ungeheuerlich. Es entspricht den Verfechtern eines neuen kalten und heißen Krieges, denn genau das sollte mit dieser Waffe unterhalb der Atomsprengkraft demonstriert werden.

Hier ging es nicht allein um die Tötung von 30 oder 100 Feinden, sondern um den Beweis, dass in Europa konventionelle Kriege mit verheerenden Waffen geführt werden können. Von meinem Dienstzimmer einer deutschen Bundesbehörde habe ich die US-Panzer gesehen, die auf einem Zug Richtung Osten nach Litauen rollten. Solche Bilder machen Angst!

NATO-Manöver, von Brandenburg ausgehend in Richtung Osten, die Stationierung deutscher Soldaten in Litauen- an der

Beim Osterspaziergang geht es um das Einzigartige im Menschen, der kein Paradies im Jenseits braucht, wenn er es auf der Erde finden kann.

Gerade deshalb ist der Frieden so einzigartig mit diesem Gedicht verbunden.

Deshalb frei nach Goethe: Arbeiten und streiten wir dafür, dass der Frieden sicher wird und alle Menschen eine Zukunft in Frieden bekommen. Noch sind wir weit davon entfernt, aber wir haben uns auf den Weg gemacht.

**Authentisch.
Geerdet.
Direkt!**
Birgit Kaufhold



Grenze zu Russland, eine amerikanische Panzerdivision in Polen und deren Verlegung über deutsche Autobahnen stellen militärisches Drohpotenzial dar, dass den Frieden bedroht.

Das macht mir als Mutter Angst um die friedliche Zukunft meiner Kinder! Immer wieder muss ich an den Oster-spaziergang von Goethe denken. »Vom Eise befreit sind Strom und Bäche – durch des Frühlings holden, belebenden Blick, im Tale grünet Hoffnungsglück ...«

Als Kandidatin der FRIEDENS-Partei DIE LINKE für den 19. Deutschen Bundestag verspreche ich, sollte ich hier im Wahlkreis 64 erfolgreich sein, werde ich mich konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für ein Verbot von Waffenexporten einsetzen. Statt Milliarden für die Aufrüstung sollten diese Mittel für die Entwicklungshilfe und zivile Konfliktlösungen verwendet werden. Sie können zu unserem Erfolg und somit zum Frieden beitragen! **Birgit Kaufhold**

Vom LANDTAG BRANDENBURG informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



Am 17./18.05.2017 tagte der Brandenburg-Landtag. Folgende Themen (Auszüge) standen auf der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde: Funklöcher schließen – digitale Daseinsvorsorge

Das Handy und das Internet sind aus dem Alltagsleben nicht mehr wegzudenken. Die digitale Vernetzung hat schon jetzt einen hohen Grad erreicht. Trotzdem gibt es in Brandenburg zahlreiche Funklöcher beim Handyempfang und weiße Flecken für die Nutzung des Internets.

In spektakulärer Form hat sich die CDU dieser Thematik gewidmet und die Landesregierung dafür verantwortlich gemacht.

Für uns LINKE gibt es keinen Zweifel daran, dass der schnelle Zugang zum Internet und die Versorgung mit Mobilfunk zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören.

Und zwar zur öffentlichen Daseinsvorsorge in Stadt und Land!!!

Fakt sind aber auch die Schwierigkeiten beim Breitbandausbau und bei der Errichtung von Mobilfunkmasten. Dies ist ein Ergebnis freier Marktwirtschaft. Es ist eine Entscheidung der CDU-Bundesregierung, das gehört auch zur Wahrheit.

Unserer Auffassung nach hätten diese Infrastrukturmaßnahmen von Anfang an in die öffentliche Hand gehört. So aber konnte sich die Wirtschaft aussuchen, wo sie investiert. Angesichts hoher Investitionskosten haben sich die Marktakteure nicht die dünn besiedelten Gebiete beim Ausbau heraus-

gesucht, sondern sind in attraktiveren Gebieten tätig geworden.

Für die Beseitigung dieser weißen Flecke und der vielen Funklöcher springt jetzt der Staat mit großen Investitionshilfen ein. Dieses Thema wird uns weiter begleiten.

Antrag der Fraktionen: SPD / DIE LINKE / Bündnis 90/Die Grünen

Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Landesregierung wird beauftragt, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einzusetzen.

Mehr als 25 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland am 5. April 1992 steht die Aufnahme der Kinderrechte in das deutsche Grundgesetz noch immer aus.

Bislang werden Kinder im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zwar in Artikel 6 erwähnt. Sie sind jedoch nur »Regelungsgegenstand« der Norm, also Objekte: »Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht« (Art.6 GG, Absatz 2).

Kindertagesstättenanpassungsgesetz

Nachdem zuletzt Personalschlüsselverbesserungen im U3-Bereich umgesetzt wurden, soll nun der Personalschlüssel für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung erhöht werden. Die Umset-

zung erfolgt in zwei Schritten:

Ab 01.08.2017 eine Fachkraft auf 11,5 Kinder, ab

01.08. 2018 eine Fachkraft auf

11 Kinder. Des Weiteren werden Regelungen getroffen, um auch weiterhin die Sicherstellung eines ausreichenden Fachkräfteangebots zu befördern.

Volksinitiative »Kreisreform stoppen«

Die Volksinitiative wurde abgelehnt. Die Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine Kreisreform. Sie erkennt den Reformbedarf im Land nicht an.

Aus diesem Grund hat der Landtag mehrheitlich die Volksinitiative abgelehnt.

DIE LINKE und SPD schließen sich der Forderung an, entsprechend des Punktes III der Volksinitiative ein Konzept zur Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit zu erarbeiten und dem Landtag zuzuleiten.

Des Weiteren fordern SPD und LINKE die Landesregierung auf, geeignete Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten in den Kreistagen vorzulegen.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages

Mehr Infos aus dem Landtag Brandenburg finden Sie unter www.malxeblatt.de oder www.dielinke-lausitz.de

Newsletter

Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich ist ein Alarmzeichen für Europa

»Es ist gut, dass die rechte, nationalistische Kandidatin Marine Le Pen in der Stichwahl gescheitert ist. Die vielen Wähler für Le Pen sind jedoch ein weiteres Alarmzeichen für Europa«, erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, zum Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen. Die Vorsitzenden weiter:

»Auch nach dieser Wahl bleibt es dabei: Eine Politik des unsozialen Weiter-So, wie sie Merkel und Schäuble vertreten, zerstört Europa. Auch der von Macron geplante Sozialabbau und weitere Angriffe auf Arbeitnehmerrechte würden Le Pen in Zukunft noch stärker machen. Deshalb kommt es darauf an, dass eine geeinte LINKE bei den kommenden Parlamentswahlen in Frankreich antritt und auf das großartige Ergebnis von fast 20 % für Jean-Luc Mélenchon aufbaut. Es braucht glaubwürdige Alternativen zu rechtem Nationalismus und Neoliberalismus in Europa. Wir kämpfen darum. Bei den Bundestagswahlen steht viel auf dem Spiel. DIE LINKE will die Wahl zu einer Abstimmung über die Wiederherstellung des Sozialstaats, den Stopp der Aufrüstung und eine friedliche Zukunft machen.« 07. Mai 2017

8. Mai 2017

Zum 72. Mal jährte sich der »Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa« am 8. Mai. Mit Beschluss des Landtages vom 30. April 2015 ist der 8. Mai als Gedenktag im Brandenburgischen Feiertagesgesetz verankert.

Im Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges findet alljährlich auch in der Stadt Forst eine Veranstaltung auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof in der Frankfurter Straße statt.

Im Jahr 2015, zum 70. Jahrestag, fanden sich mehrere Vertreter der Stadt, des öffentlichen Lebens, Mitglieder verschiedenster Parteien und Organisationen sowie Bürger zum Gedenken ein. In diesem Jahr fanden nur sehr wenige Teilnehmer den Weg zum Ehrenfriedhof, um der Kranzniederlegung beizuwohnen.

Worte zur Bedeutung dieses Tages, zum Gedenken an die Opfer und Mahnung an die Lebenden wurden durch den Stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Jens Handreck, vorgetragen. Anke Schwarzenberg, MdL, sowie Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Forst der LINKEN legten im Anschluss gemeinsam mit Herrn Handreck Kranz und Gebinde am Ehrenmal nieder.

Cornelia Janisch,

Vorsitzende des Ortsverbandes Forst DIE LINKE



Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 20.06.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Di., 27.06.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SVV
- Do., 29.06.: 18:30 Uhr »Treff Linksrund«
- Di., 11.07.: 18:30 Uhr Fraktionssitzung SVV
- Mo., 17.07.: 18:30 Uhr AG Malxeblatt
- Di., 18.07.: 18:30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Do., 27.07.: 18:30 Uhr »Treff Linksrund«

Keine Gefahr

Nahezu 300 Bundeswehrosoldaten stehen unter dem Verdacht, rechtsextreme Taten begangen zu haben. Ein Sprecher der Bundeswehr betonte: »Zumeist handelte es sich um weniger schwere Delikte, den glücklicherweise konnten sie bei uns nicht an funktionstüchtige Waffen gelangen.« Michael Kaiser

Klare Fronten

Die USA wollen sich zusammen mit Kanada und Mexiko für die Fußball-WM 2026 bewerben. Aber nur, wenn Mexiko die Kosten übernimmt. Manfred Beuter

PINNWAND

Geburtstage

- 17.06.: 74 Jahre Joachim Schulz
- 21.06.: 62 Jahre Ulrike Werschneck
- 26.06.: 66 Jahre Birgitt Beier
- 26.06.: 83 Jahre Wolfgang Mahling
- 28.06.: 81 Jahre Rosemarie Bräuer
- 28.06.: 79 Jahre Winfried Schubert
- 30.06.: 63 Jahre Monika Brandstätter
- 01.07.: 67 Jahre Elke Grenzer
- 12.07.: 76 Jahre Gudrun Ritschel
- 27.07.: 89 Jahre Jutta Schmidt
- 27.07.: 76 Jahre Wolfgang Spaarschuh

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all denen, die hier nicht genannt sind!

Soziale

Rechtsberatung

29.06. und 27.07.17, jeweils 14 bis 16 Uhr

in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung telefonisch (78 52)

oder persönlich jeweils Dienstag 9 – 11 und 14 – 17 Uhr, Donnerstag 9 – 11 Uhr

Soziale Bürgerberatung in Döbern

am 14.06. (weiter alle 14 Tage) jeweils von 10 bis 13 Uhr

in der Begegnungsstätte Betreutes Servicewohnen des DRK, Forster Straße 14.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.